



Haushaltsrede 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Indener Gemeinderat.

An erster Stelle möchten wir uns bei der Verwaltung, besonders bei dem Kämmerer Herrn Linzenich, für die Unterstützung bei der Bearbeitung des vorliegenden Haushaltes bedanken.

Wie in jedem Jahr beklagen sich die Kommunen um eine nicht ausreichende finanzielle Ausstattung der Finanzen. Waren es nach dem Jahre 2015 die Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge, welche nicht vollständig erstattet wurden, so ist es seit dem letzten Jahr die Coronakrise. Auch hier entstehen Kosten die nicht alle gedeckt werden. Leider werden die Notwendigen Verbesserungen im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) weder von Bund noch vom Land angepasst. Zusätzlich wird in dieser Coronazeit das Abarbeiten der Sitzungen für Verwaltung und Ratsvertretern zur Herausforderung.

Über das ganze Zahlenwerk zu sprechen wäre zu umfangreich, deshalb nur einige der wichtigsten Punkte des Haushaltsplanes 2021 aus Sicht unserer Fraktion.

Die Plandaten für die Hebesatzung wurden in der Ratssitzung am 04.02.2021 beraten. Geplant waren eigentlich, jeweils 700% Punkte für die Grundsteuer A und für die Gewerbesteuer und 930% Punkte für die Grundsteuer B.

Während der Coronakrise sind viele Arbeitnehmer in Kurzarbeit oder müssen vom Arbeitslosengeld leben. Die Bevölkerung mit den geplanten Abgaben in dieser Situation zu belasten, hätte eine zu große Härte bedeutet. Zusammen mit den Fraktionen von CDU und UDB haben wir uns auf eine moderate Steigerung für 2021 geeinigt, wohl wissend, dass damit eine höhere Steigerung der Sätze für das Jahr 2022 wahrscheinlich wird. Seit dem Jahre 2018 wurden in Inden die Steuersätze nicht mehr erhöht, jetzt muss aber im Jahre 2022 ein Haushaltsausgleich dargestellt werden. Um das zu Erreichen, werden hohe Belastungen auf die Indener Bevölkerung zukommen. Enttäuschend ist die Tatsache, dass die SPD nicht an den Beschlüssen dazu mitgewirkt hat. Ein gemeinsamer Beschluss wäre ein besseres Signal gewesen.

Angedacht ist nun für das Haushaltsjahr 2022 die Steuersätze für die Grundsteuer A und die Gewerbesteuer auf 825% Punkte und für die Grundsteuer B auf 975% Punkte zu setzen. Geplant war, diese Sätze in den Beratungen zu dem Haushalt 2022 zu überprüfen und es bestand die Hoffnung sie auch reduzieren zu können. Leider sind diese Hoffnungen, durch das Urteil auf Steuerrückzahlung an RWE, zunichte gemacht worden. Wir haben aber die Hoffnung, dass sich im Jahre 2023 der Arbeitsmarkt und die Konjunktur stabilisiert und damit auch die Finanzen des Haushaltes einen Spielraum lassen, um die Steuersätze zu senken.

Keinen Einfluss haben Politik und Verwaltung auch auf die enormen Preissteigerungen im Baugewerbe. Es wird z.B. eine Kostensteigerung beim Anbau der Grundschule in Höhe von 250.000,-€ erwartet. Generell wird es bei diesem Bauboom schwierig Handwerker zu bekommen, falls doch, so sind die Angebote meistens überhöht.

Diese Entwicklung schlägt sich auch auf dem Immobilienmarkt und in den Mieten nieder. Seit Jahren fordert die Fraktion von *Bündnis90/ Die Grünen* einen Sozialbau zu errichten. Es gibt mittlerweile etliche Mieter, welche keinen bezahlbaren Wohnraum in Inden mehr finden. Uns ist durchaus bewusst, dass ein Bau bedeutend zu wenig ist, aber selbst dieses eine Haus wird weiterhin abgelehnt. Wenn der Andrang auf Wohnraum auf dem Land, von den Städten aus dem Umland anhält, wird sich diese Situation noch verschärfen.

Dringender Handlungsbedarf besteht auch bei den Flüchtlingsunterkünften. Das Sportlerheim Frenz wurde zum Kochen und Duschen für die Flüchtlinge in den Mobilheimen genutzt. Nun ist das Dach defekt und es kann nicht mehr benutzt werden. Eine Reparatur lohnt sich wirtschaftlich nicht, da es in einem Jahr abgerissen werden soll. Auch hier ist ein erhöhter Bedarf an Wohnraum. Leider werden die Menschen immer noch von einem Provisorium in das Nächste verfrachtet.

Seit dem Jahre 2015 versucht unsere Fraktion zu überzeugen, dass eine menschenwürdige Unterbringung nicht nur unsere Pflicht sein sollte, sondern sich auch in finanzieller Sicht lohnen kann. Wahrscheinlich sind mit den Zahlungen für die Miete der Container ab dem Jahre 2015 die selben Summen nötig gewesen, als wenn der Bau einer Flüchtlingsunterkunft realisiert worden wäre. Die Immobilie könnte heute im Besitz der Gemeinde sein und dadurch das Eigenkapital der Gemeinde steigern, so hat nur der Vermieter der Container sein Kapital erhöht.

Der Bauboom ist auch der Hauptgrund der Verzögerungen bei dem Anbau des Feuerwehrgerätehaus Frenz. Die Firmen sind ausgebucht, es werden kaum Angebote abgegeben und die liegen dann teilweise, bis zu 80% über einem normalen Preisniveau.

Keiner kann den Feuerwehrfrauen und Männern die lange Verzögerung von über 5 Jahren erklären, ebenso kann niemand dem Bürger vermitteln, dass dieser Anbau 600.000,-€ kosten soll. Jetzt wurde ein neues Architektenbüro mit der Ermittlung der Baukosten beauftragt. Wir hoffen auf Reduzierungen, damit bald die Ausführungen beginnen können. Neben diesen Baumaßnahmen fließen auch noch größere Summen in die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und Ausrüstung.

Unbestritten ist, das Inden weiter wachsen muss. Damit müssen aber auch mehr Kinder betreut werden. Die Ausgaben der Betreuung für Kita und OGS sind enorm gestiegen und das war eine der Gründe warum die Politik sich entschlossen hatte, die Kitas an den Kreis abzugeben. Damit können größere Summen eingespart werden, allerdings steigt damit auch die Jugendamtsumlage des Kreises. Vom Kreis Düren wurden durch die Senkung der Kreisumlage die Kommunen entlastet, nun wird auch eine Senkung der Jugendamtsumlage gefordert, da der Kreis noch ein finanzielles Polster hat. Man sollte dem Kreis aber fairerweise zugestehen, in Erwartung der kommenden Mehraufwendungen im Kitabereich, sich seine Reserven einzuteilen,

denn Inden ist nicht die einzige Kommune für die der Kreis Düren die Kinderbetreuung übernommen hat.

Trotz der finanziellen Lage wurde, von allen Fraktionen unterstützt, in der Coronakrise auf die Elternbeiträge zur OGS verzichtet.

Ein Lichtblick sind die angekündigten Fördermittel im Sportbereich. Hier kann mit 1,5 Mio. € der Sportpark Merödgen renoviert und modernisiert werden. Ein Landschaftsarchitekt hat die Kosten ermittelt und einen Plan erstellt. Damit wurde der Antrag auf die Fördermittel gestellt und nun bleibt nur abzuwarten, ob diese Mittel auch bewilligt werden. Das wäre dann ein erster Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen Heimat aller Indener Sportvereine.

Das Baugebiet Sportplatz Frenz lehnen wir auch weiterhin ab. Die für die Erschließung und für neue Gutachten bis heute aufgewendeten Geldmittel verteuern die Baulandpreise zusätzlich, sodass der Erwerb nicht mehr für Jeden erschwinglich sein könnte. Aus unserer Sicht besteht außerdem immer noch die Gefahr durch die Schwermetalle im Boden und durch die anhängigen Rechtsverfahren.

Sollte das Baugebiet kommen, so hoffen wir für die Bauherren, dass sie ihr Grundstück ohne Einschränkungen genießen können.

Im Haushaltsplanes 2021, sind Einnahmen in Höhe von 18.142.030 € und Ausgaben von 19.726.587 € eingeplant worden. Nach den Beratungen in den einzelnen Ausschüssen wird nun mit einem Defizit von ca. 3,3 Mio. € gerechnet. Wobei evtl. Rückzahlungen an RWE noch nicht darin enthalten sind.

Bei allen Haushaltsberatungen war und ist das oberste Ziel der Fraktion von *Bündnis90/ Die Grünen*, die finanzielle Selbstbestimmung unserer Gemeinde zu erhalten.

Damit das so bleibt und weil wir keine Alternative sehen, so wird unsere Fraktion den Haushalt 2021 mit seinem Stellenplan zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Siegfried Goncz
Fraktionsvorsitzender
Bündnis90/ Die Grünen